



Demokratisierung der Demokratie – Ziel und Inhalt politischer Bildung gegen den Rechtsrutsch

// Sascha Regier, Lehrer am Heinrich-Mann-Gymnasium in Köln-Chorweiler, Mitglied der GEW-Köln und des Referats Gewerkschaftliche Bildung der GEW NRW

Wie gefährdet die einst als stabil geltenden demokratischen Institutionen sind, zeigt sich gegenwärtig in den USA. Trumps Angriff auf die Judikative und die Gewaltenteilung sollten als Warnruf verstanden werden, da es auch hierzulande die AfD auf die Beeinflussung des Bundesverfassungsgerichtes abgesehen hat. Es wird sich zeigen, wie „wehrhaft“ die Demokratie in Deutschland ist. Allgemein lässt sich auf Grund des gegenwärtigen Rechtsrutsches in der Bevölkerung konstatieren, es steht nicht gut um die Demokratie in Deutschland.

Wie geht der Staat damit um? Regelmäßig verlangen politische Parteien und Ministerien nach Demokratiebildung als Reaktion auf die nachlassende Zustimmung zur Demokratie, auch im außerschulischen Bildungsbereich. U.a. soll das 2015 vom Bundesfamilienministerium lancierte staatliche Programm „Demokratie leben!“ dazu führen, dass junge Menschen in Deutschland die Demokratie als schützenswert erachten.

Allerdings zeigt sich in diesen Programmen ein grundlegendes Problem: Nach der Logik der umstrittenen Extremismustheorie wird suggeriert, die Demokratie sei durch die extremistischen Ränder gefährdet, von der bürgerlichen „Mitte“ ginge hingegen keine Demokratiegefährdung aus, da sie die Prinzipien des liberalen Rechtsstaats vertrete. Spätestens Wilhelm Heitmeyers Langzeituntersuchungen zu den Deutschen Zuständen oder die Mitte-Studien haben diese Erzählung als Mär entlarvt. Vielmehr zeigen sie, dass sich rechtsautoritäre Einstellungen auch bei der sich als politische Mitte verstehenden Bevölkerung empirisch nachweisen lassen.

Dass die Demokratie zudem nicht nur auf der Einstellungsebene der Bevölkerung, sondern immer auch auf struktureller Ebene durch die kapitalistische Marktgesellschaft bedroht ist (u.a. Privatisierung, soziale Ungleichheit, Lobbyismus), wird in staatlichen Demokratieförderprogrammen zumeist ausgeblendet. Auch hier zeigen die USA hingegen durch die Person Elon Musk für alle ersichtlich, wie extrem konzentriertes Vermögen zu demokratisch nicht legitimiertem politischen Einfluss führt.

Verteidigung der Demokratie – Analyse ihrer Missstände

Auch aus einer bildungsgewerkschaftlichen Perspektive ist deutlich hervorzuheben, dass die gegenwärtige Demokratie zu verteidigen ist und der Bildung dabei eine gewichtige Rolle zukommen muss. Sich der Gefährdung der Demokratie durch den zunehmenden Rechtsextremismus und die Prinzipien kapitalistischer Marktgesellschaft zu stellen, sollte daher auch für die schulische politische Bildung grundlegend sein, nimmt es die Schule mit ihrem demokratischen Bildungsauftrag ernst.

Leider haben die meisten politikdidaktischen Ansätze hier gravierende Probleme: Sie hinken den rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher und können diese mit ihren Inhalten analytisch nicht einfangen, geschweigen denn etwas auf der Praxisebene dazu beitragen, die hieraus resultierenden Verwerfungen zurückzudrängen. Dies lässt sich vor allem auf ihr staatszentriertes Demokratieverständnis zurückführen.

Demokratie wird inhaltlich überwiegend als repräsentative Demokratie und damit im Sinne einer politischen Herrschaftsform begriffen und vermittelt. Diese umfasst u.a. Parlamentarismus, Parteien und Rechtstaatlichkeit. Dabei steht das Erlernen der bestehenden demokratischen Institutionen im Vordergrund und nicht die politische Frage, welche Bereiche der Gesellschaft zu demokratisieren sind. Über Möglichkeiten der demokratischen Ergänzung zum Parlamentarismus, wie u.a. Wirtschaftsdemokratie, soziale Demokratie und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung wird geschwiegen.

Leider haben die meisten politikdidaktischen Ansätze hier gravierende Probleme: Sie hinken den rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher und können diese mit ihren Inhalten analytisch nicht einfangen, geschweigen denn etwas auf der Praxisebene dazu beitragen, die hieraus resultierenden Verwerfungen zurückzudrängen.



Lektüretipp:

Sascha Regier: Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung“ <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/aa/84/15/oa9783839464373.pdf>



Das Thema „Mitbestimmung“ wird lediglich – wenn überhaupt – im gewerkschaftlichen Kontext gestreift. Nicht nur ist dieser konservative Ansatz (Lernen des Bestehenden zu seiner Bewahrung) an sich für eine (politische) Bildung problematisch, der es um die Demokratie als gesamtgesellschaftliches Prinzip geht, es werden auch jüngste Forschungsergebnisse bezüglich der Akzeptanz der Demokratie in Deutschland ausgeblendet. Auf Seiten der Bevölkerung nimmt das Vertrauen in die bestehende Demokratie nämlich stetig ab. So hat die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 empirisch ermittelt, dass von den Befragten in Deutschland nur noch 42,3 Prozent von der „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“ überzeugt sind.

2020 lag der Anteil noch bei 57,6 Prozent, was bereits damals besorgniserregend war. Weitere Analysen, wie die Studie Demokratievertrauen in Krisenzeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung, zeigen detaillierter, dass die als „Arbeiter_innenschicht“ bezeichnete Bevölkerungsgruppe der vorherrschenden Demokratie – und das bedeutet nicht der Demokratie als Idee! – überproportional weniger als die (obere) „Mittelschicht“ vertraut.

Folglich hat die Zustimmung zur Demokratie auch etwas mit der Stellung der Befragten im ökonomischen Prozess zu tun, was über die oftmals konstatierte Beziehung zwischen Politikverdrossenheit und Einkommenshöhe hinausgeht. Diese Studien belegen: Das Gefühl nicht gehört zu werden und nicht mitbestimmen zu können ist Nährboden rechtsautoritärer Einstellungen. Gerade in der Arbeitswelt herrscht ein Gefühl der Fremdbestimmung: „Nahmen 2020 nur 10 % der Befragten im Osten wahr, dass sie ‚bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen‘ werden“, waren es 2024 schon 30 Prozent.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie kommt diesbezüglich zum Schluss: „Es ist damit zu rechnen, dass diese negativer werdenden Erfahrungen in der Form eines ‚spillovers‘ auf die politische Ebene übertragen werden.“ Als Folge würden rechtsautoritäre Parteien gewählt. Demgegenüber zeige sich hingegen, „[w]enn Beschäftigte [...] statt Un-

Das Eigentum an Produktionsmitteln (und Aktienbesitz) beschneidet demokratische Mitbestimmung in den Betrieben im Konkreten und der Wirtschaft im Allgemeinen.

gerechtigkeit und Frustration demokratische Handlungsspielräume wahrnehmen können, stärkt das ihre demokratischen Einstellungen und verringert das Risiko, dass in antipräsidentialen Ideologien und dem Ressentiment gegen Andere Kompensation gesucht wird.“ Gerade in den Betrieben herrschen jedoch weiterhin vordemokratische Verhältnisse.

Diese Ergebnisse sollten auf die politische Bildung Auswirkungen haben. Demokratie als Selbstbestimmung ist im Betrieb – anders als im staatlichen Bereich – massiv beschnitten, was den Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaft auszeichnet: Der Reichtum einer Gesellschaft wird gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet. Hieraus resultiert soziale Ungleichheit. Auf Seiten der Neuen Rechten im Allgemeinen und der AfD im Konkreten wird die Zunahme der (Erwerbs-)Armut hingegen nicht durch kapitalismusbedingte Klassen- und Eigentumsverhältnisse bedingt vermittelt.

Es findet vielmehr eine Ethnisierung der Gründe für die zunehmende soziale Ungleichheit statt, was fatalerweise auf Resonanz stößt. Gegen Migration und Flüchtlinge gerichtet behauptet bspw. Björn Höcke, die „Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ sei nicht mehr die zwischen „Oben und Unten“, sondern zwischen „Innen und Außen“.

Demokratisierung der Arbeitswelt

Folglich sollte die potentielle Demokratisierung der Arbeitswelt innerhalb der politischen Bildung verstärkt zum Thema gemacht werden und Demokratie nicht lediglich auf den Staat begrenzt werden, was einem liberalen Demokratieverständnis – und damit der Ideologie des Bürgertums des 19. Jahrhunderts – entspricht. Nicht nur, um dem Rechtsrutsch etwas entgegenzusetzen, sondern auch, um dem strukturellen Problem zu begegnen, dass durch das Investitionsmonopol des Kapitals gegenüber den (lohn-)abhängig Beschäftigten wesentliche Entscheidungsbereiche, die umfassende Auswirkungen auf das Kollektiv haben, der kollektiven Entscheidungsfindung entzogen sind.

Das Eigentum an Produktionsmitteln (und Aktienbesitz) beschneidet demokratische Mitbestimmung in den Betrieben im Konkreten und der Wirtschaft im Allgemeinen. Das Kernproblem liegt darin, dass die privaten Entscheidungen der Ei-

Es findet vielmehr eine Ethnisierung der Gründe für die zunehmende soziale Ungleichheit statt, was fatalerweise auf Resonanz stößt.

gentümer kapitalistischer Betriebe gewaltige kollektive Folgen haben, sowohl für die Arbeiter*innen innerhalb des Betriebes als auch für die Menschen, die nicht unmittelbar vom Betrieb beschäftigt werden. Werden solche Entscheidungen also der öffentlichen Entscheidungsfindung und Kontrolle entzogen, dann wird dadurch die Demokratie beschnitten.

Nach der Schule/dem Studium finden sich die meisten jungen Menschen jedoch in Betrieben als abhängig Beschäftigte wieder, in denen sie in der Regel auf keine wirklichen Mitbestimmungsmöglichkeiten stoßen. Zudem sind immer mehr Erwerbstätige abhängig Beschäftigte, arbeiten folglich in Betrieben, in denen sie kaum mitbestimmen können. 2023 waren es 91,3 Prozent gegenüber 8,7 Prozent Selbstständigen. Ein Bewusstsein über potenzielle Demokratisierungsmöglichkeiten in der Wirtschaft durch die politische Bildung zu erlangen, würde daher einen Bereich treffen, in dem junge Menschen nach der Schule/dem Studium in der Regel einen Großteil ihrer Zeit verbringen.

Zum Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und Kapitalismus

Für die politische Bildung muss das generelle Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und Kapitalismus problematisiert werden. Dieses besteht darin, dass politische Gleichheit der Staatsbürger*innen durch das politische Mitspracherecht (Wahlrecht und Grundrechte) die Grundlage der parlamentarischen Demokratie darstellt, jedoch sozialer Ungleichheit durch ungleiche

Die Demokratie macht vor den Werktoeren und Bürotüren halt.

Eigentumsrechte als Grundlage der privatkapitalistisch organisierten Wirtschaftsordnung und ihrer Produktionsverhältnisse gegenübersteht.

Knapper formuliert: In der Politik kann demokratisch mitbestimmt werden, in der Arbeitswelt nicht. Die ökonomischen Strukturen bleiben der privaten Verfügungsgewalt der Eigentümer*innen überlassen. Zentrale Entscheidungen im Betrieb, Unternehmen und öffentlichen Dienst sind der Einflussnahme der (lohn-)abhängig Beschäftigten entzogen. Daran ändert auch die Institution der Mitbestimmung und des Betriebsrates nichts. Diese wurde 1952 durch das Betriebsverfassungsgesetz beschlossen. Das Gesetz verhinderte jedoch aufgrund des Einflusses der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie reaktionärer Kräfte in der Politik trotz mehrmaliger Novellen bis in die Gegenwart die Einführung betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten in Sektoren außerhalb der Montanindustrie (Kohle-, Stahl- und Eisenindustrie). Hier wurde 1951 eine paritätische Sitzverteilung zwischen Kapital und Arbeit in den Aufsichtsräten und damit Mitbestimmung etabliert.

In den anderen Branchen hat der Betriebsrat bis heute keine Mitentscheidungsrechte bezüglich wirtschaftlicher Angelegenheiten (z.B. Investitionsentscheidungen), sondern lediglich ein Mitspracherecht bei personellen und sozialen Entscheidungen. Dabei hat er sich zudem durch das Nachwirken nationalsozialistischer Arbeitspolitik im deutschen Arbeitsrecht am Wohl des Betriebes zu orientieren („Friedenspflicht“). Hierdurch bleiben die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse rechtlich unangetastet. Die Demokratie macht vor den Werktoeren und Bürotüren halt.

Dabei ist für die politische Bildung auch die historische Genese des liberalen Demokratie Modells zu vermitteln: Nachdem das europäische Bürgertum demokratische Mitbestimmung durch den Parlamentarismus gegen Adel und Monarchie im 17. und 18. Jahrhundert durchgesetzt hatte, beschnitt es die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung sowohl durch die Beschränkung des Wahlrechts gegenüber der Arbeiter*innenklasse und den Frauen als auch durch die Reduzierung der Demokratie auf den staatlichen Bereich.

Vor allem die Forderungen der Betriebsrätebewegung (betriebliche Demokratie) wurden bekämpft. Zu vergegenwärtigen, auch für die heutigen gewerkschaftlichen Demokratiebestrebungen, ist, dass Demokratisierung immer durch Klassenkämpfe um die Verteilung von Berechtigungspositionen und Rechtsansprüchen stattfand.

Demokratisierung der Demokratie als Thema der Politischen Bildung

Durch eine Engführung des Demokratieverständnisses werden wichtige fachdidaktische Prinzipien und Möglichkeiten der Demokratiebildung verfehlt. Einer notwendigen Kontroversität, Konflikt- und Alternativenorientierung wird dies in keiner Weise gerecht. Der Bereich des Politischen wird von vornherein beschnitten. In den vorherrschenden politikdidaktischen Werken geht es ausschließlich darum, die vorhandenen Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen und nicht das, was darüber utopisch hinausweist, zu vermitteln.

Hier ließe sich fragen, wie Schüler*innen ihr Verständnis von Demokratie und Gesellschaftsgestaltung entwickeln sollen, wenn sie keine ergänzenden demokratietheoretischen Vorstellungen kennenlernen und nur auf das bürgerlich-liberale Modell einer repräsentativen Demokratie eingeschworen werden? Dies läuft schlussendlich auf die Affirmation und Stabilisierung der gegebenen Herrschaftsordnung und die sie bestimmenden Herrschaftsverhältnisse (Entscheidungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt) hinaus. Politisch ist eine solche politische Bildung nicht! Eine kritische Demokratiebildung weist darüber – notwendigerweise – hinaus.

Ihr Ziel ist es, nicht bloß die bestehende Ordnung zu lernen oder im Sinne der Demokratie-Pädagogik ein gewünschtes demokratisches Verhalten bei den Lernenden zu initiieren. „Kritisch“ bedeutet hier danach zu fragen, ob die Demokratie das einholt, was sie verspricht, also zu überprüfen, was von

Hier ließe sich fragen, wie Schüler*innen ihr Verständnis von Demokratie und Gesellschaftsgestaltung entwickeln sollen, wenn sie keine ergänzenden demokratietheoretischen Vorstellungen kennenlernen und nur auf das bürgerlich-liberale Modell einer repräsentativen Demokratie eingeschworen werden?

Die Demokratisierung der Wirtschaft wäre hierfür als Thema Politischer Bildung grundlegend.

demokratischer Partizipation ausgeschlossen ist und in welchen gesellschaftlichen Bereichen (Schule, Betrieb, öffentlicher Dienst, Verwaltung etc.) demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht bzw. kaum vorhanden sind.

Gerade diese Bewusstmachung ermöglicht, potentielle Räume der Demokratisierung im emanzipatorischen Sinne sichtbar zu machen und Demokratie nicht lediglich als staatliches Organisationsprinzip, sondern gesamtgesellschaftlich zu begreifen und ggf. einzufordern. Die Demokratisierung der Wirtschaft wäre hierfür als Thema Politischer Bildung grundlegend. Daher muss es für die politische Bildung darum gehen, die kapitalismusbedingten Eigentumsverhältnisse und die Beschneidung demokratischer betrieblicher Mitbestimmung zum Thema zu machen, um über mögliche Demokratisierungsprozesse im Bereich der Wirtschaft politisch zu reflektieren.

Gerade dies ist aus einer bildungsgewerkschaftlichen Sicht zu fordern, zumal auf Seiten anderer DGB-Gewerkschaften wie der IG-Metall und ver.di das Thema „Wirtschaftsdemokratie“ wieder verstärkt thematisiert wird. Vorschläge bezüglich der Demokratisierung der Wirtschaft gibt es auf sozialwissenschaftlicher Seite zu Genüge. Als Schlagworte dienen hier u.a.: Soziale Demokratie, Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung, Wirtschaftsrate, Parlament der Firma, Partizipatorische Ökonomie, Nachhaltigkeits- und Transformationsrate, Betrieblicher Wirtschaftsrat. Damit könnte für die politische Bildung die Idee von Demokratie aus dem engen Korsett der Staatszentrierung befreit werden und auch als Möglichkeit für die arbeitende Bevölkerung debattiert werden. Die GEW sollte die Beschäftigung mit diesen Konzepten u.a. in der schulischen (politischen) Bildung, den Lehrplänen, in Lehrer*innenfortbildungen und in Unterrichtsmaterialien konkreter einfördern.

Somit könnte durch eine kritische Demokratiebildung gegen das für rechte Narrative ursächliche Gefühl der Fremdbestimmung durch das politische Potential aktiver Mitbestimmungsmöglichkeiten angeknüpft werden.